

Fachplanungsvertrag - Brandschutz

für

die Modernisierung der Oberschule Uchte

zwischen

dem Landkreis Nienburg/Weser, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg, vertreten durch die Samtgemeinde Uchte, Balkenkamp 1, 31600 Uchte

- nachfolgend „Auftraggeber“ -

und

Fa. XX

- nachfolgend „Auftragnehmer“ -

Inhaltsverzeichnis

Präambel

§ 1 Gegenstand des Vertrags

§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrags

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

§ 4 Allgemeine Vertragspflichten

§ 5 (entfällt)

§ 6 Termine und Fristen

§ 7 Herausgabe von Unterlagen

§ 8 Vergütung

§ 9 Fälligkeit der Vergütung/ Schlussrechnung

§ 10 Rechnungsprüfung, Auftragsvergaben und Weisungsrecht

§ 11 Gewährleistung/ Haftung des Auftragnehmers

§ 12 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

§ 13 Kündigung des Vertrages

§ 14 Ersatzvornahme

§ 15 Schlussbestimmungen

PRÄAMBEL

Die Samtgemeinde Uchte, die den Landkreis Nienburg/Weser als Schulträger vertritt, beabsichtigt die Modernisierung der Oberschule (OBS) Uchte.

Die Samtgemeinde Uchte benötigt bei der Umsetzung des Modernisierungsvorhabens die Unterstützung durch einen Fachplaner für den Brandschutz.

Die erforderlichen Fachplanungsleistungen wurden in einem Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV europaweit ausgeschrieben. Der Zuschlag wurde am **XX** an den Auftragnehmer erteilt.

Die Vertragsparteien werden vertrauensvoll in gegenseitiger Rücksichtnahme und Unterstützung zusammenarbeiten und bei evtl. auftretenden Meinungsverschiedenheiten um eine einvernehmliche und gütliche Lösung bemüht sein.

Dies vorausgeschickt, schließen die Parteien den nachfolgenden Vertrag, der der schriftlichen Fixierung und urkundlichen Dokumentation der beauftragten Vertragsinhalte dient.

§ 1 Gegenstand des Vertrags

Gegenstand dieses Vertrages sind Fachplanungsleistungen für den Brandschutz auf Grundlage der AHO Schriftenreihe Nr. 17 (Stand: 12-2022) für die Modernisierung der Oberschule Uchte.

§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

2.1 Vertragsbestandteile sind nachstehender Rangfolge:

- die Regelungen dieses Vertrages,
- die Leistungsbeschreibung, angelehnt an das Leistungsbild der AHO Schriftenreihe Nr. 17, Stand 12-2022 (**Anlage 1**)
- das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), insbesondere die Bestimmungen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. BGB) und die dort für anwendbar erklärten Vorschriften über den Werkvertrag und den Bauvertrag),
- das Angebot des Auftragnehmers vom **XX** (**Anlage 2**)

2.2 Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten ergänzend:

- die Bestimmungen des Werkvertragsrechts,
- die Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz;

Der Auftragnehmer hat weiterhin ebenfalls zu beachten:

- die baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften;
- die Bestimmungen des Landes Niedersachsen über Zuwendungen an Auftragnehmer;
- die für den Auftragnehmer nach diesem Vertrag relevanten Auflagen aus den Förder- und Zuwendungsbescheiden;
- das Projekthandbuch des Projektsteuerers;
- die einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen;
- die gesetzlichen Bestimmungen des öffentlichen Vergabewesens in den jeweils gültigen Fassungen, insbesondere der 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Vergabeordnung (VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A und VOB/B), für Leistungen (VOL/A und VOL/B), nach deren Inkrafttreten die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), die Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) und das Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG).

2.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vertragsbestandteile auf Widersprüche, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber für den Fall, dass solche vorliegen, möglichst vor Ausführung der betroffenen Leistungen hierüber informieren. Etwaige Widersprüche oder sonstige Unklarheiten haben die Parteien möglichst umgehend einer Klärung zuzuführen und über die Art und den Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu entscheiden.

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

- 3.1 Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer zunächst die Regelleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 entsprechend der AHO-Schriftenreihe Nr. 17 der AHO-Fachkommission Brandschutz, Stand: 12-2022.
- 3.2 Danach behält sich der Auftraggeber vor, den Auftragnehmer mit den Leistungsphasen 5 und 8 einzeln oder im Ganzen zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt durch schriftlichen Abruf der Leistungen. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht. Aus dieser stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Dem Auftragnehmer entstehen insbesondere infolge der Nichtbeauftragung einzelner Leistungsphasen keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber auf entgangene Vergütung, Schadensersatz o.ä.
- 3.3 Darüber hinaus hat der Auftragnehmer die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten optionalen sowie außergewöhnlichen Leistungen zu erbringen.

Die optionalen Leistungen sind erst zu erbringen, wenn der Auftraggeber die entsprechende Leistungsphase beauftragt hat und die optionale Leistung vom Auftraggeber schriftlich abgerufen wird. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung dieser optionalen Leistungen besteht nicht. Dem Auftragnehmer entstehen insbesondere infolge der Nichtbeauftragung einzelner optionaler Leistungen keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber auf entgangene Vergütung, Schadensersatz o.ä.

Ist eine frühere Erbringung der Leistung erforderlich, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf unverzüglich schriftlich hinweisen.

§ 4 Allgemeine Vertragspflichten

- 4.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das in § 1 dieses Vertrages genannte Vorhaben sämtliche beauftragten Leistungen und Leistungsschritte zu erbringen und dabei alle Aufgaben und Pflichten zu erfüllen, soweit sie sich aus dem beauftragten Leistungsinhalt und –umfang, den vereinbarten Vertragszielen und den Bestandteilen dieses Vertrages oder aus der Sachwalterstellung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber ergeben und für die Herbeiführung des geschuldeten Gesamterfolges erforderlich sind. Hierbei hat der Auftragnehmer mindestens die in den Leistungsbeschreibungen genannten Leistungen zu erbringen, die als wesentliche Arbeitsschritte Teile des Gesamterfolges (selbständige Teilerfolge) sind.
- 4.2 Der Auftragnehmer beachtet bei der Erbringung seiner Leistungen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Bautechnik sowie die behördlichen Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung unter Beachtung größtmöglicher Wirtschaftlichkeit. Die vertraglichen Leistungen sind vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.
- 4.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, Änderungen des Bauentwurfes anzuordnen. Er ist auch berechtigt, nicht vereinbarte Leistungen, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges notwendig werden, anzuordnen, wenn sie dem Architekten zumutbar sind. Der

Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, über die vorstehenden Festlegungen hinausgehende Leistungen auf Anordnung des Auftraggebers zu übernehmen und auszuführen, wenn die Leistungen im Zusammenhang mit den bisher beauftragten Leistungen zur Erreichung des Leistungsziels erforderlich werden und der Auftragnehmer hierfür qualifiziert ist. Sofern nicht ausdrücklich eine anderweitige Vergütung vereinbart wird, erfolgt diese auf der Grundlage der HOAI (alternativ nach Stundenaufwand mit den in § 8 angegebenen Stundensätzen). Diese Regelung ersetzt die Regelung in § 650 p, § 650 b, c BGB.

- 4.4 Nach vollständiger Fertigstellung einer Leistungsphase hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Arbeitsergebnisse und alle Unterlagen in Ordnern gesammelt mit Planlisten und zusätzlich auf weiterverarbeitungsfähigen Datenträger zu übergeben, die Planungsergebnisse in einen Statusbericht zu dokumentieren und zusammenzufassen. Mit der Freigabe oder mit Unterzeichnung der Bauvorlagen für den Bauantrag oder für entsprechende Erklärungen im behördlichen Baufreigabe- oder Anzeigeverfahren erfolgt keine Teilabnahme der Leistungen.
- 4.5 Auf eventuelle Bedenken, z.B. hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit der Planungswünsche und der Erfüllung der Planungsvorgaben des Auftraggebers, hat der Auftragnehmer frühzeitig schriftlich hinzuweisen und Gegenvorschläge zu unterbreiten. Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen und diese dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Im Übrigen ist er gegenüber dem Auftraggeber zur umfassenden Unterrichtung, Beratung und Dokumentation aller die Durchführung seiner Aufgaben betreffenden Angelegenheiten verpflichtet
- 4.6 Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, an den einberufenen Projektbesprechungen teilzunehmen.
- 4.7 Der Auftragnehmer benennt folgende Personen als Projektleitung und stellv. Projektleitung:
- Projektleitung des Auftragnehmers: XX**
- Stellv. Projektleitung des Auftragnehmers: XX**
- 4.8 Sollte der Auftragnehmer während der Dauer des Bauvorhabens den für die Projektleitung zuständigen oder stellvertretenden Projektleiter auswechseln wollen, so hat er hierzu das Einvernehmen des Auftraggebers einzuholen. Dieser ist nicht berechtigt, die Einwilligung ohne wichtigen Grund zu verweigern. Insbesondere hat der Auftragnehmer einen in der Qualifikation und Berufserfahrung gleichwertigen Ersatz vorzuschlagen.
- 4.9 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet, alle Rechte des Auftraggebers zu wahren. Zur Eingehung rechtsgeschäftlicher Verpflichtungen, die mit Kosten für den Bauherrn verbunden sind, ist der Auftragnehmer ohne ausdrückliche schriftliche Ermächtigung nur befugt, soweit Gefahr im Verzug ist und das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist.
- 4.10 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm während der Durchführung des Vertrages bekanntgewordenen Daten und Fakten des Auftraggebers vertraulich zu behandeln. Dies gilt auch nach Beendigung des Vertrages. Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des

Auftraggebers keine Pläne aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf das Bauvorhaben beziehen.

- 4.11 Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen selbst mit eigenen Mitarbeitern zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggeber ist eine Übertragung von Leistungen an Dritte (Subplaner oder freie Mitarbeiter) zulässig.

Bei zulässiger Unterbeauftragung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber den insoweit übertragenen Leistungsanteil offen zu legen und mit dem Dritten die gleichen Vertragsbedingungen zu vereinbaren wie mit dem Auftraggeber.

§ 5 (entfällt)

§ 6 Termine und Fristen

- 6.1 Die vertragliche Leistung ist vom Auftragnehmer auf der Grundlage eines noch zu vereinbarenden Rahmenterminplans so zu erbringen, dass eine Fertigstellung des Bauwerks bis zum Jahr 2031 realisiert werden kann. Der Auftragnehmer erarbeitet in Abstimmung mit dem Auftraggeber unverzüglich nach Vertragsschluss einen Rahmenterminplan.
- 6.2 Der Rahmenterminplan wird in den einzelnen Leistungsphasen durch Detailablauftermine ergänzt. Die darin enthaltenen Anfangs-, Zwischen- und Endtermine werden einvernehmlich zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer festgelegt und sind für den Auftragnehmer verbindlich. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wird der Auftragnehmer diesen Terminplan in regelmäßigen Abständen überprüfen und, soweit sich Projektumstände geändert haben, fortschreiben.
- 6.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die jeweils benötigten Planunterlagen entsprechend den zeitlichen Vorgaben des Auftraggebers, mindestens jedoch zwei Wochen vor dem geplanten Ereignis bzw. der Anforderung entsprechend dem (ggf. fortgeschriebenen) Rahmenterminplan, zu fertigen und dem Auftraggeber vollständig zu übergeben.
- 6.4 Von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich und schriftlich zu unterrichten, unabhängig davon, ob er diese zu vertreten hat oder nicht. Der Auftragnehmer hat hierzu Vorschläge zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang eine festgestellte Leistungsverzögerung gegengesteuert werden kann.

§ 7 Herausgabe von Unterlagen

- 7.1 Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass ihm die genehmigten Bauvorlagen und der Schriftwechsel mit den Behörden sowie entsprechende Datenträger ausgehändigt werden. Dies gilt insbesondere im Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Zeichnungen, Unterlagen und Datenträger jederzeit dem Auftraggeber auszuhändigen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sie sowohl im DWG-, DXF- und PDF-Format als auch als Ausdruck zu übergeben. Die Unterlagen werden Eigentum des Auftraggebers. Soweit sie nicht ausgehändigt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Unterlagen von der Beendigung seiner Leistungen an 10 Jahre lang aufzubewahren und vor einer evtl. Vernichtung dem Auftraggeber zur Aushändigung anzubieten.

- 7.2 Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den für den Auftraggeber nach diesem Vertrag anzufertigenden und zu übergebenden Plänen, Unterlagen und Datenträgern besteht nicht. Dies gilt nicht, sofern ihm in Bezug auf diese Leistung unbestritten oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche gegen den Auftraggeber zustehen.

§ 8 Vergütung

- 8.1 Das Honorar für die nach § 3 dieses Vertrages geschuldeten Leistungen ergibt sich aus dem Honorarangebot des Auftragnehmers (**Anlage 2**). Soweit dort vom Auftragnehmer optionale Leistungen nicht ausdrücklich bepreist wurden, ist das Honorar hierfür bereits in der geschuldeten Vergütung enthalten.

Soweit das Honorarangebot oder eine Auftragserteilungserklärung des Auftraggebers nicht ausdrücklich etwas anderes vorsehen, gelten die vereinbarten Festpreise im Falle von notwendigen Mehr- oder Mindermengen und bei einer zeitlichen Verschiebung der Leistungserbringung unverändert fort. Dies gilt auch bei einer Verlängerung der Bauzeit.

Ändern sich die Leistungspflichten des Auftragnehmers erheblich aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so steht ihm eine zusätzliche Vergütung zu, soweit die Leistungserbringung zu der vereinbarten Vergütung bei Abwägung aller Umstände grob unbillig wäre. In diesem Falle gilt § 8.3 Absatz 2 entsprechend.

Sind etwaige optionale Leistungen im Angebot des Auftragnehmers nicht gesondert bepreist, gelten sie als mit dem Grundhonorar abgegolten.

- 8.2 Ein Honorar für zusätzliche Leistungen kann der Auftragnehmer nur beanspruchen, wenn diese Leistungen über das zur ordnungsgemäßen und vollständigen Erbringung der vertraglichen Leistungen angemessene und bei einer Baumaßnahme der hier zugrunde liegenden Größe und Komplexität zu erwartende Maß hinausgehen und einen nicht unwesentlichen, nachzuweisenden Arbeits- und Zeitaufwand verursachen. Wiederholte Regelleistungen können überdies erst dann vorliegen, wenn eine Leistungsphase komplett abgeschlossen ist und diese entsprechend zusammengefasst, erläutert und dokumentiert ist. Sofern der Auftragnehmer eine Zusatzvergütung beansprucht, hat er dies mit Angabe des Umfangs der zusätzlichen Leistungen und der voraussichtlichen Höhe des geforderten Honorars dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und zu begründen, um dem Auftraggeber Gelegenheit zur Entscheidung zu geben, ob er zusätzliche Leistungen beauftragen will. Vor Leistungsbeginn soll eine schriftliche Vereinbarung über den Leistungsumfang und die Vergütung getroffen werden.
- 8.3 Sollten sich die Parteien auf eine Vergütung nicht einigen, ist der Auftragnehmer trotzdem zur Leistungserbringung verpflichtet, sofern der Auftraggeber dies ausdrücklich anordnet. Ansprüche des Auftragnehmers auf eine zusätzliche Vergütung bleiben hiervon unberührt.
- 8.4 Verzögerungen in der Leistungserbringung und im Projektablauf rechtfertigen grundsätzlich keinen zusätzlichen Vergütungsanspruch für verlängerte Projektzeit. Die Parteien stimmen überein, dass es gerade Aufgabe des Auftragnehmers ist, jedwede Terminverzögerung zu vermeiden und im Rahmen der von ihm geschuldeten Vertrags- und Projektziele geeignete Maßnahmen zur Verhinderung einer Verlängerung der Projektdauer zu unternehmen. Sollten sich jedoch Verzögerungen in der Durchführung der Leistungsphase 8 aus Gründen ergeben, die der Auftraggeber zu vertreten und der Auftragnehmer nicht (mit) zu vertreten hat und

welche zu einer Verlängerung führen, die vom Auftragnehmer nicht hinnehmbar sind, werden die nachweislich entstandenen Mehrkosten nach Ablauf dieses Zeitraums zusätzlich vergütet. Ein Zeitraum von 6 Monaten gilt als hinnehmbar. Zeiträume zwischen dem Abruf weiterer Leistungsphasen oder Bauabschnitten gelten jedoch nicht als Verzögerungen, die den Auftragnehmer berechtigen, Vergütungs- oder Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

- 8.5 Sofern ausdrücklich und schriftlich eine Vergütung nach Zeitaufwand vereinbart wird, ist dem Auftraggeber der Nachweis über den Zeitaufwand (Datum, Zeitaufwand, Personen, konkreter Inhalt der einzelnen Tätigkeiten) zeitnah, mindestens monatlich zur Prüfung vorzulegen.

Als Stundensätze vereinbaren die Parteien:

für den Projektleiter: XX € netto,

für sachbearbeitende Ingenieure: XX € netto

und für Zeichner und sonstige Mitarbeiter: XX € netto.

Etwaige Nebenkosten sind mit diesen Stundensätzen mit abgegolten.

Der Auftraggeber ist im Voraus über die anstehenden Leistungen und den zu erwartenden Zeitaufwand zu unterrichten. Er entscheidet im Einzelfall schriftlich, ob und welche Leistungen er in Anspruch nimmt.

§ 9 Fälligkeit der Vergütung / Schlussrechnung

- 9.1 Der Auftragnehmer ist grundsätzlich berechtigt, Abschlagszahlungen zu verlangen. Voraussetzung für die Leistungen von Abschlagszahlungen durch den Auftraggeber ist jedoch die Vorlage einer prüffähigen Abschlagsrechnung. Abschlagszahlungen werden lediglich für die nachgewiesenen mangelfrei erbrachten Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Diese Abschlagszahlungen werden 30 Tage nach Zugang des prüfbaren Nachweises fällig.
- 9.2 Die Bezahlung von Abschlagsrechnungen stellt weder ein Anerkenntnis noch eine Abnahme der ausgeführten Leistung dar.
- 9.3 Nach Abschluss sämtlicher Leistungen aus diesem Vertrag und nach deren Abnahme stellt der Auftragnehmer auf der Basis der in diesem Vertrag vereinbarten Honorargrundlagen eine prüffähige Honorarabschlussrechnung. Die Begleichung dieser Rechnung erfolgt, wenn der Auftragnehmer sämtliche ihm übertragene Leistungen aus dem Vertrag erfüllt, nachgewiesen und diese Leistungen in einer prüffähigen Honorarabschlussrechnung abgerechnet hat, jedoch nicht vor Fertigstellung und Abnahme des Objektes. Die Vergütung der Schlussrechnung ist binnen 60 Werktagen nach Zugang einer entsprechenden prüffähigen Rechnung des Auftragnehmers fällig.

§ 10 Rechnungsprüfung, Auftragsvergaben und Weisungsrecht

- 10.1 Das Prüfen von Rechnungen auf fachliche, sachliche und rechnerische Richtigkeit darf nur durch den zuständigen Projektleiter oder seinen Stellvertreter erfolgen.

- 10.2 Alle Rechtsgeschäfte zur Übernahme von Leistungen, Zahlungen, Verpflichtungen oder sonstiger Verbindlichkeiten werden ausschließlich vom Auftraggeber schriftlich auf Vorschlag des Projektleiters oder seines Stellvertreters vorgenommen.
- 10.3 Das Weisungsrecht (Bauleitung, Objektüberwachung) gegenüber allen am Bau Beteiligten (Baufirmen, Lieferanten usw.) liegt nur bei dem Projektleiter oder seinem Stellvertreter und beim Auftraggeber.

§ 11 Gewährleistung / Haftung des Auftragnehmers

- 11.1 Die Leistungen des Auftragnehmers werden förmlich abgenommen. Eine konkludente Abnahme z.B. durch Inbetriebnahme scheidet aus.
- 11.2 Die Gewährleistung des Auftragnehmers richtet sich nach den werkvertraglichen Vorschriften. Die Mängelrechte gemäß §§ 634 ff. BGB stehen dem Auftraggeber bereits vor der Abnahme zu, sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen.
- 11.3 Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 11.4 Die Verjährung der Ansprüche gegen den Auftragnehmer richtet sich nach den Vorschriften des Werkvertragsrechts und beträgt 5 Jahre. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers.

§ 12 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

- 12.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens für zumindest 3 Fälle pro Jahr betragen:
- | | |
|--|-----------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Für Personenschäden | 3 Mio. €, |
| <input checked="" type="checkbox"/> für sonstige Schäden | 3 Mio. € |
- 12.2 Der Auftraggeber kann jederzeit einen Nachweis über die vorgenannte Versicherung verlangen.
- 12.3 Kann der Auftragnehmer den Abschluss oder Fortbestand der Haftpflichtversicherung nicht nachweisen, gibt dies dem Auftraggeber ein sofortiges außerordentliches Kündigungsrecht des Vertrages.

§ 13 Kündigung des Vertrages

- 13.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, diesen Vertrag jederzeit, insbesondere aus wichtigem Grund ganz oder teilweise zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt z. B. vor, wenn die Baumaßnahme aus nicht vom Auftraggeber verschuldeten Gründen nicht durchgeführt oder nicht weitergeführt wird oder der Auftragnehmer seine Leistungen einstellt oder seine Zahlungen einstellt, von ihm oder zulässigerweise vom Auftraggeber oder einem anderen Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) beziehungsweise ein vergleichbares gesetzliches

Verfahren beantragt ist, ein solches Verfahren eröffnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird.

- 13.2 Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, erhält der Auftragnehmer die volle Vergütung für die bereits erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung des Bewertungsmaßstabes der HOAI im Verhältnis zu der vereinbarten Gesamtvergütung. Hinsichtlich der noch nicht erbrachten Leistungen muss sich jedoch der Auftragnehmer auf seinen Honoraranspruch die Aufwendungen anrechnen lassen, die er infolge der Aufhebung des Vertrages erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- 13.3 Wird das Vertragsverhältnis aus Gründen beendet, die vom Auftragnehmer zu vertreten sind, hat der Auftragnehmer nur Anspruch auf Vergütung der bis zum Beendigungszeitpunkt erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Einzelleistungen unter Anlegung des Maßstabes der HOAI, soweit alle mit diesen Leistungen zusammenhängenden Unterlagen dem Auftraggeber vorliegen, die Leistungen für den Auftraggeber brauchbar sind und einen eigenständigen Wert haben. Darüber hinausgehende Ansprüche des Auftragnehmers sind jedoch ausgeschlossen.
- 13.4 Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- 13.5 Das Sonderkündigungsrecht nach § 650 r BGB wird ausgeschlossen.

§ 14 Ersatzvornahme

Der Auftragnehmer erfüllt seine Leistungen in zeitlicher Hinsicht gemäß dem von den Parteien noch zu erstellenden Terminplan, der nach Absprache mit dem Auftraggeber fortgeschrieben wird.

Der Auftraggeber ist berechtigt, eine trotz Nachfristsetzung nicht nachgebesserte oder nicht erbrachte Ausschreibung oder Bauleitung durch einen anderen Architekten oder Ingenieur auf Kosten des Auftragnehmers mangelfrei erstellen bzw. wahrnehmen zu lassen, ohne dass insoweit eine Kündigung bzw. Teilkündigung dieses Vertrages erforderlich ist.

§ 15 Schlussbestimmungen

- 15.1 Eine Aufrechnung des Auftragnehmers gegen Ansprüche aus diesem Vertrag ist nur zulässig, wenn die Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur ausüben, soweit es auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- 15.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Eine Abbedingung dieser Bestimmung bedarf ebenfalls der Schriftform.
- 15.3 Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder sollte die Vereinbarung eine Lücke enthalten, so soll hiervon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt werden. § 139 BGB ist abbedungen. An die Stelle der unwirksamen Klausel tritt die gesetzlich zulässige Regelung, die demjenigen, was die Parteien bei Abschluss des Vertrages wollten, wirtschaftlich am nächsten kommt. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß oder einer in diesem Vertrag normierten Zeit, so soll an dem Gewollten möglichst nahekommendes rechtlich zulässiges Maß oder eine rechtlich zulässige Zeit an die Stelle der vereinbarten Bestimmung treten. An die Stelle einer Lücke soll eine Regelung treten, die dem entspricht, was die Parteien nach Sinn und Zweck des Vertrages unter Berücksichtigung aller Umstände vereinbart hätten, wenn ihnen das Vorhandensein der Lücke bewusst gewesen wäre.
- 15.4 Der Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Stolzenau.

Auftraggeber:
_____, den _____

Auftragnehmer:
_____, den _____

Auftraggeber

Auftragnehmer

Anlagen:

- **Leistungsbeschreibung (Anlage 1)**
- **Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2)**